Andrea Gmür, Ständerätin Luzern

Was ist ein würdiges Lebensende wert?

Stationäre Hospize entlasten Spitäler, schliessen eine Versorgungslücke und sparen dem Gesundheitswesen Kosten. Trotzdem kämpfen sie bis heute um eine verlässliche Finanzierung. Weshalb ist das so? Ständerätin Andrea Gmür spricht über politische Verantwortung, fehlende Rahmenbedingungen und darüber, weshalb sich Bund und Kantone nicht länger gegenseitig den Ball zuspielen dürfen.

Yvonne Ineichen: Seit Jahren ist bekannt, dass stationäre Hospize eine Versorgungslücke schliessen. Trotzdem fehlt bis heute eine nachhaltige Finanzierungsregelung im KVG. Ist das für Sie ein politisches Versäumnis?

Andrea Gmür: Ja, das kann man so sagen. Wir wissen seit Jahren, dass stationäre Hospize ein unverzichtbarer Bestandteil der palliativen Versorgung sind. Trotzdem passt unser Finanzierungssystem noch immer nicht zu dieser Realität. Hospize leisten Spezialisierte Palliative Care (SPC) und gelten als «Pflegeheime», was ihrer Leistung aber nicht gerecht wird. Und genau deshalb fallen sie heute durch die Maschen bestehender Finanzierungsmodelle. Das ist weder für die Betroffenen noch für die Institutionen befriedigend. Hier braucht es endlich eine Lösung, die den tatsächlichen Leistungen der Hospize gerecht wird.

Der Dachverband Hospize Schweiz fordert, dass die Kantone Verantwortung übernehmen, bis auf Bundesebene eine langfristige Lösung umgesetzt ist. Ist das aus Ihrer Sicht der richtige Weg?

Ja. Die Versorgung schwerkranker Menschen ist eine gemeinsame Verantwortung von Bund und Kantonen. Solange auf Bundesebene keine tragfähige Regelung besteht, dürfen die Kantone nicht einfach abwarten. Sie sind für die Gesundheitsversorgung ihrer Bevölkerung mitverantwortlich und können dazu beitragen, dass Hospize ihren wichtigen Auftrag erfüllen können. Gleichzeitig muss klar sein: Übergangslösungen dürfen kein Dauerzustand werden. Das Ziel bleibt eine schweizweit verlässliche und nachhaltige Finanzierung.

Der Ständerat gilt als Kammer der Kantone. Welche Verantwortung tragen die Kantone aus Ihrer Sicht bei der Finanzierung stationärer Hospize? Und wo braucht es den Bund?

Die Kantone sind dafür verantwortlich, dass die notwendige Gesundheitsversorgung regional verfügbar ist. Dazu gehört aus meiner Sicht auch klar die Hospizversorgung. Sie kennen die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung und planen ihre Versorgungsstrukturen entsprechend.

Der Bund wiederum ist gefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so weiterzuentwickeln, dass stationäre Hospize im Krankenversicherungsgesetz angemessen berücksichtigt werden. Es braucht eine klare Aufgabenverteilung und eine Finanzierung, die schweizweit nachvollziehbar und fair ist. Nur wenn beide Ebenen ihre Verantwortung wirklich wahrnehmen, entsteht ein tragfähiges Gesamtsystem.

Hospize begleiten Menschen, die weder zu Hause noch im Spital oder Pflegeheim versorgt werden können. Trotzdem sind sie vielerorts auf Spenden angewiesen. Was sagt das über die Prioritäten unseres Gesundheitswesens aus?

Das zeigt, dass unser Gesundheitssystem Leistungen häufig dort gut finanziert, wo sie klar bestehenden Kategorien zugeordnet werden können. Hospize leisten jedoch weit mehr als medizinische Behandlung. Sie verbinden medizinische, pflegerische, psychologische, soziale und spirituelle Begleitung in einer Weise, die sich nicht einfach in bestehende Tarifsysteme einordnen lässt.

Dass Spenden notwendig sind, zeigt vor allem, dass das Finanzierungssystem dieser besonderen Versorgungsform noch nicht gerecht wird. Freiwilliges Engagement und Spenden sind wertvoll und sollen auch künftig ihren Platz haben. Aber die Grundversorgung am Lebensende darf nicht von ihrer Höhe abhängen.

Sie engagieren sich als Beirätin des Hospiz Zentralschweiz und erleben die Situation nicht nur aus politischer Distanz. Hat dieses Engagement Ihren Blick auf die politische Diskussion rund um Hospize verändert? Wenn ja: inwiefern?

Ja, ganz eindeutig. Politik beschäftigt sich oft mit Strukturen, Gesetzen und Finanzierungsmodellen. Durch mein Engagement im Hospiz habe ich noch unmittelbarer erlebt, was diese Rahmenbedingungen für Menschen bedeuten – für die Betroffenen ebenso wie für ihre Angehörigen und die Mitarbeitenden.

Mich beeindruckt die Professionalität, mit der Menschen in ihrer letzten Lebensphase, die für sie selbst, aber auch für ihre Familien, ihre Angehörigen schwierig ist, begleitet werden. Gleichzeitig sehe ich, mit welchem Einsatz und welcher Ausdauer immer wieder Finanzierungslücken geschlossen werden müssen. Das hat meinen politischen Einsatz bestärkt. Gute Palliative Care ist kein Luxus, sondern Ausdruck einer solidarischen und menschenwürdigen Gesellschaft.

Das Gesundheitswesen steht unter Kostendruck. Gleichzeitig zeigen Beispiele aus der Praxis, dass Hospize Spitäler entlasten und auch noch günstiger sind. Weshalb fällt es trotzdem so schwer, diesem Versorgungsmodell den nötigen politischen Stellenwert einzuräumen?

Unser Gesundheitssystem ist historisch gewachsen. Neue Versorgungsformen haben es oft schwer, weil bestehende Finanzierungsmechanismen auf traditionelle Angebote ausgerichtet sind. Hinzu kommt, dass sich der Nutzen von Hospizen nicht allein in Franken und Rappen messen lässt. Es geht auch um Lebensqualität, Selbstbestimmung und die Begleitung von Angehörigen.

Dabei sprechen vor allem auch ökonomische Argumente für Hospize. Wenn Menschen am richtigen Ort versorgt werden können, werden Spitäler entlastet und Ressourcen sinnvoll eingesetzt. Ich bin überzeugt, dass sich diese Erkenntnis zunehmend durchsetzen wird.



Angenommen, Sie hätten im Ständerat drei Minuten Zeit, um Kolleginnen und Kollegen von einer besseren Finanzierung stationärer Hospize zu überzeugen. Welches wäre Ihr wichtigstes Argument?

Mein wichtigstes Argument wäre: Die Art und Weise, wie wir Menschen am Ende ihres Lebens begleiten, sagt viel über unsere Gesellschaft aus. Jeder Mensch soll darauf vertrauen können, am Lebensende die Betreuung zu erhalten, die er oder sie braucht, an einem Ort, wo er oder sie sich bis zum Schluss aufgehoben und möglichst wohl fühlt – unabhängig vom Wohnort oder von den finanziellen Möglichkeiten.

Hospize schliessen eine Versorgungslücke, entlasten andere Einrichtungen und ermöglichen eine Begleitung, die den Bedürfnissen der betroffenen Menschen gerecht wird. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass diese Leistung verlässlich finanziert wird.

Was wünschen Sie sich in den nächsten fünf Jahren für die Hospizversorgung in der Schweiz – und woran würden Sie erkennen, dass die Politik ihre Verantwortung wahrgenommen hat?

Ich wünsche mir, dass stationäre Hospize in allen Regionen der Schweiz als selbstverständlicher Bestandteil der Gesundheitsversorgung anerkannt und im KVG (Krankenversicherungsgesetz) verankert sind. Niemand soll sich fragen müssen, ob ein Hospizplatz verfügbar oder finanzierbar ist.

Die Politik hätte ihre Verantwortung wahrgenommen, wenn die Finanzierung dauerhaft gesichert ist, die Zusammenarbeit zwischen Spitälern, Pflegeeinrichtungen, Spitex und Hospizen selbstverständlich funktioniert und Hospize nicht mehr auf ausserordentliche Anstrengungen angewiesen sind, um ihren Kernauftrag erfüllen zu können. Dann hätten wir einen wichtigen Schritt hin zu einer Gesundheitsversorgung gemacht, die den Menschen in allen Lebensphasen gerecht wird – auch am Lebensende.

«Wir brauchen endlich eine Finanzierung, die den tatsächlichen Leistungen der Hospize gerecht wird.»

Andrea Gmür